GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 204 B | BERLIN • Mittwoch, den 31. August 1932 | 1. JAHRGANG

Der Kampf um die Macht.

Halsbrecherische Pläne des Zentrums. Sturz Hindenburgs?

W-er. Der Kampf um die Besetzung der Machtpositionen in Deutschland ist inzwischen auf der ganzen Linie entbrannt. Die Klarstellung der Fronten ist insofern weiter gediehen, als durch die Papensche Erklärung in Münster, er hielte es für seine „Pflicht, Störungen dieses (seines) Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren", offen ausgesprochen worden ist, daß er auch einer gegen ihn gerichteten

Koalitionsmehrheit zwischen Nazis und Zentrum nicht weichen werde.

Daß die Verbindung zwischen NSDAP und Zentrum etwas künstlich anmutet, hat Papen richtig empfunden, wenn es auch nach der Deutschen Reichsverfassung keinen etwas angeht, ob eine Koalitionsregierung den Anforderungen natürlicher Harmonie genügt. Die Frage ist bei diesem Spiel: Was verspricht sich das Zentrum von einer solchen Koalition, und ist diese nicht für das Zentrum ein geradezu lebensgefährliches Experiment? Selbstverständlich ist es gefährlich! Auf der anderen Seite aber ist es für das Zentrum noch gefährlicher, sich auf den Präzendenzfall einzulassen, daß die bisherige parlamentarische Uebung, wonach in Deutschland eine Regierung das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages besitzen muß, abgeschafft wird. Denn es sagt sich sehr richtig:

Eine günstigere Gelegenheit gerade für die Durchsetzung des umfassenden katholischen Zieles als den demokratischen Parlamentarismus gibt es überhaupt nicht.

Die Diktatur Hindenburg-Papen-Schleicher, die eine ausgesprochen protestantisch-militaristisch-preußisch-junkerliche ist, läßt für katholische Wünsche wenig Platz. Das hat die vorrevolutionäre königlich-preußische Herrschaft, deren Klassengenossen heute diktieren, deutlich gezeigt.

Mit der Koalition Nazi-Zentrum beabsichtigt das Zentrum offenbar, mit allen, auch den verzweifeltsten Mitteln die Erhaltung des demokratischen Parlamentarismus durchzusetzen. Was hieran zunächst wirklich befremden muß, hat auch Papen gemerkt, der in bezug auf diese Koalition von deren „innerer Brüchigkeit" gesprochen hat, und die nur dadurch erklärt werden könne, daß „die eine Partei den Wunsch hätte, mit Hilfe dieser Koalition die andere zu vernichten". Für das Zentrum ist das auf die Dauer selbstverständlich nötig; denn die Ziele der NSDAP sind eigentlich in jeder Hinsicht für das Zentrum unmöglich. Aber diese Ziele sind selber so wenig durchdacht und finden vor allen Dingen in der nationalsozialistischen Anhängerschaft auch nicht ein annähernd so tiefes, weltanschauliches Fundament wie der Katholizismus in den Anhängern des Zentrums, daß es gewiß nicht aussichtslos erscheint, wenn das Zentrum den, freilich riskanten, Versuch unternimmt, den nationalsozialistischen Heerhaufen ideologisch zu korrumpieren. Gerade die politische Erfahrung hat dem Zentrum gezeigt, daß auch in der Politik keine Suppe so heiß gegessen wird, wie sie gekocht worden ist. Und bei den sicher zu erwartenden Schwierigkeiten, in die ein nationalsozialistischer Reichskanzler gewiß geraten würde, ergeben sich für das Zentrum ausgezeichnete Möglichkeiten, zusammen mit seinen politischen Ratschlägen auch politische Dämpfer für die nationalsozialistischen Heißsporne anzubringen. Freilich — wie gesagt: das Zentrum würde diese Aktion wohl nicht unternommen haben, wenn es nicht diesen Weg als den einzigen überhaupt möglichen angesehen hätte.

Es bleibt die Frage, was geschieht, wenn Hindenburg Herrn von Papen das Auflösungsdekret auch für den Fall gibt, daß eine tragfähige Regierungsmehrheit gegen Papen vorhanden ist. Vorläufig sind Papen und Schleicher noch darauf aus, die für sie die Situation außerordentlich erschwerende Nazi-Zentrum-Koalition zu verhindern. Durch ein Frühstück mit Hitler sollte offenbar der Boden dafür vorbereitet werden. Die „Nationalsozialistische Korrespondenz" schreibt trotz dieses Frühstücks noch, daß Papens Wirtschaftsprogramm „wirtschaftliches Stückwerk und soziale Reaktion in Reinkultur" sei und daß es mit gleicher Schärfe wie die Regierung selber abgelehnt zu werden verdiene.

Hindenburg hat sich in Neudeck mit Papen solidarisch erklärt.

Für den Fall, daß Papen offen die Diktatur übernimmt, bliebe für das Zentrum der Kampf gegen Hindenburg selber übrig. Auf dem Wege über den Reichspräsidenten Hitler könnte natürlich die Koalition Nazi-Zentrum in Gang kommen — wenn man nicht annimmt, daß Herr von Schleicher mit seiner Reichswehr offen rebelliert. Es erhalten sich hartnäckig Gerüchte, daß Brüning den Sturz Hindenburgs bereits vorbereite, — selbstverständlich hat Brüning das dementiert.

Bei all diesen Verhandlungen wie auch bei der Papenschen Sonntagsrede berührt es am empörendsten, daß von der Arbeiterschaft überhaupt nicht die Rede ist.

Daß die Bürger nicht über sie reden, ist verständlich. Daß aber sie selber noch immer nicht in einheitlicher Weise Stellung ergriffen hat zu den Problemen der machtpolitischen Auseinandersetzung, mutet einen geradezu selbstmörderisch an. Der „Vorwärts" hat am Sonntag zwar einige nicht unfreundliche Worte an „die kommunistischen Arbeiter" gerichtet und über die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns gesprochen. Solange dem aber nicht konkrete Schritte folgen, sind solche Worte bloße Phrasen. Vorläufig hat die Arbeiterschaft noch eine ungeheure Chance: Ihr Klassengegner ist noch gehemmt durch egoistische, ideologische und standesdünkelhafte Rücksichten. Diese vorläufig noch bestehende Zerrissenheit nicht nur zu betrachten und mit erleichtertem Aufatmen zu konstatieren, sondern sie auszunutzen zu der Vorbereitung der in absehbarer Zeit unvermeidlichen Entscheidung ist für eine wirksame Arbeiterpolitik das Gebot der Stunde.

Immer noch Terrorakte.

Verletzte links und rechts. Ein SA-Mann erschossen.

Am Montag spät abends fand in der Röntgenstraße in Charlottenburg bei einem nationalsozialistischen Verkehrslokal eine Schießerei statt. Drei SA-Leute sollen schwer verletzt worden sein. Einer von ihnen (Gatschke) ist gestorben. Die Täter sind bisher nicht gefaßt. Näheres läßt sich noch nicht sagen.

In der Nacht zum Sonnabend wurden in einem Lokal in der Birkenstraße in Berlin zwei Kommunisten von Nationalsozialisten durch Messerstiche verletzt. Die Polizei fand nur die beiden Verletzten vor und brachte sie ins Polizeipräsidium. Sie haben also obendrein damit zu rechnen, daß das Sondergericht ihnen den Prozeß macht.

In Hamburg am Schaarmarkt wurde vor einigen Tagen ein Stahlhelmer von unerkannten Tätern überfallen und blutig geschlagen.

Nachdem am Donnerstag der vergangenen Woche ein „Stahlhelm"-Heim bei Cuxhaven per Auto überfallen worden war, passierte am Sonnabend bei hellem Tage dasselbe nicht weit von dort einem

„Stahlhelm"-Heim im Kreise Lehe

(bei Wesermünde). Mehrere Personen kamen mit einem Auto, versuchten, die Fahne vom Heim zu holen, verletzten den allein anwesenden Wächter schwer durch Messerstiche und entkamen unerkannt. Der Ueberfall vollzog sich also in ähnlicher Weise wie der erste.

In Eisenach wurde in der Nacht zum Montag ein Polizeibeamter niedergeschossen und schwer verletzt. Keine Spur von den Tätern.

In Verchen (Mecklenburg) wurden bei einer Schlägerei — anscheinend am Sonntag — der Reichsbannerführer Vierk, der SA-Führer Vogler und ein SA-Mann schwer verletzt.

AUS DEM INHALT:

Japan bereitet Genf vor.
Neutralität oder Intervention.
Spiel mit dem Zuchthausurteil.
Wes Brot ich esse — — — .
Die politische Erziehung des spanischen Proletariats.
Deutsche Konsumgenossenschaften in Not.

Preußischer Landtag.

Im Landtag herrschte schon in den Vormittagsstunden sehr starker Betrieb. Alle Fraktionen hielten Sitzungen ab zur Vorbereitung der Aussprache über die Einsetzung des Reichskommissars.

Die Regierung wird sich an den Verhandlungen des Landtages nicht durch den stellvertretenden Reichskommissar und die mit der Führung der Ministergeschäfte beauftragten Staatssekretäre, sondern durch die Ministerialdirektoren als Leiter der Fachabteilungen vertreten lassen.

In der Fraktionsbesprechung des Zentrums wurde über die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten beraten. Ein definitiver Beschluß wurde nicht bekanntgegeben.

Der Aeltestenrat hat beschlossen den Landtag bis zum 21. September zu vertagen.

Scharfe Antwort Chinas an Uschida.

Der chinesische Außenminister Lowenkau ist der Ankündigung Uschidas im japanischen Parlament, Japan werde die Anerkennung von Mandschukuo in kurzem aussprechen, in deutlichen Erklärungen entgegentreten.

Danach fordert China die Zurückziehung der japanischen Truppen aus der Mandschurei als Vorbedingung von Verhandlungen zwischen Tokio und Peking. Es erklärt, daß es einen Staat Mandschukuo nicht anerkennen werde. Von einer separatistischen Eigenbewegung in der Mandschurei könne keine Rede sein, die Bewegung sei allein auf das Treiben Japans zurückzuführen.

Dieser Protestnote käme nur dann eine politische Bedeutung zu, wenn hinter der chinesischen Regierung entweder das chinesische Volk stünde oder die Phalanx der westlichen kapitalistischen Großmächte.

Das chinesische Volk hat von einer Rückeroberung der Mandschurei unter der jetzigen chinesischen Regierung keine Befreiung zu erwarten. Ueber die Haltung der Großmächte berichten wir an anderer Stelle. Wie wir noch hinzufügen, soll der Lytton-Bericht noch nicht fertiggestellt sein, da sich starke Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission herausgebildet hätten.

Ein Teil der Delegierten neige inzwischen zu einer duldsameren Haltung gegenüber Japan! Kommentar erübrigt sich.

Japan bereitet Genf vor.

S. H. Man wird sich an den neuen Namen „Mandschukuo“ für die Mandschurei gewöhnen müssen. Aber man wird sich nicht daran gewöhnen dürfen, als sei mit diesem neuen Namen die Unabhängigkeit dieses Staates von China garantiert oder gar legalisiert. Für die Mandschurei gilt völkerrechtlich der Neun-Mächte-Vertrag von 1922, in dem sich alle Unterzeichner verpflichtet haben, die territoriale Unversehrtheit der Mandschurei und die Politik der Offenen Tür zu wahren. Diesen Vertrag hat Japan mit unterzeichnet. Zweifelhaft könnte die völkerrechtliche Lage höchstens dann sein, wenn sich die Mandschurei kraft einer *separatistischen* Bewegung selbständig von China gelöst hätte. Die Völkerbundskommission hatte die Aufgabe, noch einmal nachzuprüfen, ob eine solche selbständige Lösung überhaupt in Frage käme — ein Problem, das freilich für jeden Unbefangenen längst zu Ungunsten Japans entschieden ist.

Es liegt also so, daß allein die Tatsache des Neun-Mächte-Vertrages bereits die Souveränitätsrechte dieses neuen Staates in Zweifel zieht. Dazu kommt, daß durch die Usurpatorenrolle, die Japan in der Mandschurei gespielt hat, der Völkerbund in Mitleidenschaft gezogen ist. Denn nach Artikel 10 seiner Satzung sind die Bundesmitglieder verpflichtet, die territoriale Unverletzlichkeit aller anderen Mitgliedsstaaten zu achten. Da Japan und China beide dem Völkerbund angehören, kann der Völkerbundsrat nicht von der Verantwortung entbunden werden, das letzte Wort in diesem Streit zu sprechen.

•

Die nächste Völkerbundssitzung wird voraussichtlich Mitte September stattfinden. Bis dahin wird auch der Bericht der Völkerbundskommission, der sogenannte Lytton-Bericht, vorliegen, von dem es heißt, daß er in der mandschurischen Frage *gegen* Japan Stellung nimmt.

Hiermit hängt es offensichtlich zusammen, daß der neue japanische Außenminister Uschida zu der Anerkennung der Mandschurei durch Japan gerade jetzt Stellung genommen hat. Er erklärte im Parlament, daß diese Anerkennung *unmittelbar bevorstehe.* Er hat zweifelsohne damit beabsichtigt, Amerika und den Völkerbund vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Uschida lehnte es ab, China auch nur in irgend einer Form weitere Souveränitätsrechte über die Mandschurei einzuräumen. Zu den alten japanischen Gründen, es hätten in der Mandschurei chaotische Zustände geherrscht, fügte Uschida überraschender Weise das neue Argument hinzu, es habe sich in dem mandschurischen Konflikt bei Japan wesentlich um die Ausübung eines Selbstverteidigungsrechts gehandelt. Dieses Recht beschränke sich keineswegs nur auf die Verteidigung des eigenen Gebiets — ein nicht ungeschicktes Argument! Japan kann und wird sich in Genf darauf berufen, wie es das von jeher zu tun pflegt, daß die Umdeutung des Angriffs in die Selbstverteidigung ihm von den meisten imperialistischen Staaten vorgemacht worden sei.

Zu der Einstellung von Japanern in der neuen mandschurischen Republik äußerte er, daß auch hierfür zahlreiche Präzedenzfälle vorlägen; eine Reihe neuer Staaten hätten die Hilfe anderer Länder für den Aufbau ihres Landes erbeten, ohne daß es damit diesen Ländern völkerrechtlich zum Vorwurf gemacht worden sei, wenn sie die erbetene Hilfe geleistet hätten. Uschida schloß damit, daß die Lösung der mandschurischen Frage von Seiten Japans nur dann als befriedigend angesehen werden könne, wenn *die bestehenden Tatsachen* zur Grundlage der Erörterungen gemacht würden.

•

Mit diesen Argumenten hat Japan alles getan, um den Völkerbund, dessen Macht ohnehin schwach genug ist, in eine denkbar schiefe Lage zu bringen. Diese Feststellung reicht hin, um vorauszusagen, welche Advokatenkünste in Genf wieder nötig sein werden, zumal England und Frankreich während des ganzen Konflikts nie Miene gemacht haben, sich um der Mandschurei willen mit Japan zu verfeinden. Im Gegenteil: einstweilen haben beide und insbesondere Frankreich an den Kriegswirren, die Japan in der Mandschurei entfacht hat, ausgezeichnet verdient.

Der einzige wirksame Widerstand, der Japan entgegengestellt wird, geht bisher von Washington aus. Stimson hat sofort nach dem Bekanntwerden der Rede Uschidas seinen Botschafter in Tokio zur japanischen Regierung geschickt, um Näheres über die Absichten der Japaner zu erfahren. Der Botschafter soll keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß die amerikanische Regierung gegen die förmliche Anerkennung Japans offiziell Einspruch erheben werde. Daraufhin hat, wie wir bereits gemeldet haben, Japan sofort eine Friedensmission in Gestalt eines japanischen Generals nach Amerika gesendet.

Von Rußland wird gemeldet, daß man die Rede Uschidas sehr ruhig beurteile, eine Anerkennung der mandschurischen Regierung sei nicht beabsichtigt. Diese Politik der Vorsicht entspricht dem Gesamtverhalten Rußlands in diesen für die Sowjet-Union lebensgefährlichen Wirren.

•

Die Politik der Japaner in der Mandschurei nimmt inzwischen ihren Fortgang. Wie jetzt bestätigt wird, soll die koreanische Regierung den mandschurischen Hafen Raschin in einen großen und modernen Hafen umwandeln, als Konkurrenz gegen Wladiwostok.

Raschin soll durch Eisenbahnen mit Kirin verbunden werden. Diese Bahn wird nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch strategischen Zwecken dienen. Für die Durchführung des Umbaus des Hafens und der Eisenbahnlinie ist insgesamt eine Dauer von 15 Jahren angesetzt, woraus man auf die Größe des Projekts schließen kann. Die erste Teilstrecke der Eisenbahn soll in zwei Jahren eröffnet werden.

Die völlige organisatorische Unterwerfung der Mandschurei unter Japan wird ferner dadurch bekräftigt, daß Japan in dem General Muto einen Sonderbotschafter in die Mandschurei entsandt hat, der die Kontrolle über die militärischen und behördlichen Organisationen Japans in der Mandschurei übernehmen soll. Bei seiner Durchreise durch Korea ist ein Anschlag auf ihn geplant gewesen. Darauf ist ihm eine Leibwache aus japanischen Gardetruppen zur Seite gegeben unter deren Schutz er am nächsten Donnerstag in Mukden, dem Ort seiner neuen Tätigkeit, eintreffen wird.

•

In den Septemberverhandlungen über den japanisch-chinesischen Konflikt wird es also zu einem Kampf kommen zwischen den Japanern, die sich auf ihre inzwischen erworbenen und befestigten Machtpositionen in der Mandschurei stützen, und dem Völkerbund, der sich hinter nichts anderes verschanzen kann, als hinter die juristischen Unterstände, die er aus den Artikeln der Völkerbundsakte und den Kapiteln des Lytton-Berichts notdürftig zusammenhauen wird. Sollte der Angriff aus diesen Unterständen den Japanern auch noch zu lästig sein, so bleibt ihrer Machtpolitik immer noch eins: Genf Genf sein zu lassen, aus dem Völkerbund auszutreten, und die einzelnen Mächte ohne die Aufsicht von Völkerbundsdelegierten gegen einander auszuspielen.

Um die Gleichberechtigung.

Der deutsche Geschäftsträger in London, Graf Bernstorff, hatte am Montag eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister Simon, in der wahrscheinlich der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung und das von dem englischen Außenministerium dazu veröffentlichte Gutachten zur Sprache kam.

Das gleiche Thema wurde, wie man meint, etwa um die gleiche Zeit auch auf der Kanalinsel Jersey angeschnitten, auf der am Montag vormittag Herriot in Begleitung einiger französischer Minister mit dem englischen Innenminister Samuel zusammengetroffen ist. Obwohl amtlich daran festgehalten wird, daß es sich um eine rein private Zusammenkunft handelt, erwartet die Pariser Presse, daß die Fragen der Abrüstung und der deutschen Ansprüche behandelt werden.

Der Berichterstatter einer englischen Nachrichtenagentur erfuhr am Quai d'Orsay, daß die Zusammenkunft der französischen und der englischen Minister auf Jersey in Zusammenhang mit dem englisch-französischen Vertrauensabkommen ständen, das einen ständigen gegenseitigen Meinungsaustausch verlange. In englischen Kreisen rechnet man damit, daß handelspolitische Fragen einen breiten Raum in den Ministerbesprechungen einnehmen werden, zumal England nach dem Abschluß in Ottawa wieder für Verhandlungen mit anderen Staaten frei und Frankreich nach den bisher nicht erfolgreichen Verhandlungen mit Amerika vermutlich an einer Verständigung mit England stark interessiert sei.

Gesunde Soldaten.

Die Zehnjahresfeier des italienischen Faschismus, die im Oktober stattfindet und ein „Volksfest“ werden muß, wird durch die faschistische Partei „organisiert“. In diesen Tagen ist ein Rundschreiben an alle Parteisekretäre herausgegangen, in dem auf die *Taten* Mussolinis hingewiesen wird, dieses wirksamste Mittel seiner Politik.

Um das Volk in Stimmung zu bringen, nennt der Generalsekretär der Partei folgende Taten:

1. In diesem Sommer seien rund 320 000 Kinder unbemittelter Eltern in Ferienkolonien untergebracht worden.

2. Die Erneuerung der Streitkräfte sei in herrlicher Weise gelungen, wie die großen Manöver eindeutig gezeigt hätten.

Politisches Singen.

Wien, 30. August.

Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat beschlossen, am 18. September, dem Tag, an dem Hitler auf der Jesuitenwiese im Prater nationalsozialistisch reden wird, durch den Arbeitersängerverein ein mächtiges Chorsingen zu veranstalten, das gleichfalls im Prater stattfindet. Die Idee ist gut — hoffentlich steht der Wind günstig.

Hitlerei in Frankreich.

Anschlag auf eine Friedenskundgebung.

Während einer Friedenskundgebung in einem Pariser Park, an der 2000 Erwachsene und 400 Kinder teilnahmen, erschien plötzlich ein Kraftwagen, aus dem zehn Feuerwerkskörper oder Brandbomben unter die Menschenmenge geworfen wurden. Eine Reihe der Kinder erhielten Brandwunden, zwei wurden schwer verletzt. Die Täter, die angeblich der „Action Francaise“ angehören, sind entkommen.

Neue Aufstände in Amerika.

In der Hauptstadt Quito des Staates Ecuador hat die gesamte Garnison gemeutert und den im vorigen Jahr zum Präsidenten gewählten Neptali Bonifaz, der von dem Kongreß zurückgewiesen wurde und daher nicht zur Regierung kam, zum Regenten ausgerufen. Die Aufständischen haben den Kongreß für aufgelöst erklärt. Die Kongreßmitglieder sind aus der Hauptstadt geflohen. Der Aufstand beschränkt sich vorläufig auf Quito, die Regierung sammelt im Lande ihre Truppen zum Angriff auf die Aufständischen.

In Nicaragua kam es zu schweren Kämpfen, die von einem Aufstand gegen die Regierung ausgingen.

Der Aufstand in Ecuador hat schnell sein Ende gefunden. Es gelang den Regierungstruppen, die Hauptstadt zu erobern. Die Aufständischen ergaben sich daraufhin sofort.

Von den Kämpfen in China.

Das chinesische Munitionslager in Taojan wurde am Sonntag von der Brandbombe eines japanischen Fliegers getroffen. Es kam zu einer furchtbaren Explosion, bei der in weitem Umkreis alle Häuser zerstört wurden. Die Zahl der Todesopfer ist angeblich sehr groß.

Die chinesischen Freischaren in der Mandschurei versuchten mehrfach, Mukden zu erobern, bisher ohne Erfolg. Es ist den Japanern beim Zurückschlagen dieser Angriffe gelungen, das Mukdener Arsenal vor einem geplanten Ueberfall seitens chinesischer Truppen zu schützen.

Diplomatische Beziehungen Rußland—USA?

Nach russischen Meldungen verlaufen die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten durchaus günstig. Wie es heißt, soll noch in diesem Jahre der Austausch der Vertreter in Washington und Moskau erfolgen. In Amerika spricht man von einem Sonderausschuß, der von der Regierung nach Rußland entsandt werden soll, um dort die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren. Ob ein Mitglied dieses Ausschusses als ständiger Beobachter in Moskau bleiben wird, ist noch nicht geklärt.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

68)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

„Mensch, Alex, das bist ja du!“

Ein Derfflingermann erkennt den mit dem Mal. Er bewohnte mit ihm dieselbe Schiffskasematte: „Wo wollt ihr denn hin, Alex?“

„Wir gehen den Herzog absetzen!“

„Den Herzog absetzen? Jungens, da müssen wir mit! Chauffeur, los, dreh um!“

Aber die Matrosen sind durchfroren vom Stillstehen und der Fahrt auf dem offenen Wagen.

„Ach Quatsch, laß die mal machen!“

„Wir wollen uns erst mal aufwärmen!“

„Und mal sehen, ob wir eine Kanne warmen Kaffee kriegen!“

Eine knappe Viertelstunde später betreten die Abgesandten des A- und S-Rates das herzogliche Schloß. Der Herzog erwartet die Deputation schon, und sie gelangt ohne weiteres bis in die Vorzimmer. Ein Adjutant in Zivil fragt nach ihren Wünschen und geht sie bei Seiner Hoheit, dem Herzog, anmelden.

Sie sitzen um einen ovalen Tisch herum.

„Wie beim Zahnarzt im Wartezimmer, nur ein bißchen geräumiger.“

Rode gießt sich aus einer Karaffe ein.

„Bloß Wasser . . .“, bemerkt er enttäuscht. Dann entdeckt er auf einem Nebentisch eine Kiste Zigarren. Er steht auf, holt die Kiste, und nachdem er sich eine herausgenommen hat, reicht er sie höflich weiter.

„Eine Herzogszigarre, kriegen wir nicht alle Tage. Ja, wie ist das jetzt eigentlich — der Herzog und die Herzogin, wie werden die eigentlich angeredet?“

Der Derfflingermann schnauzt ihn an:

„Na, mach bloß keine Menkenke. Der Herzog und die Herzogin — die heißen jetzt einfach ‚Herr Braunschweig‘ und ‚Frau Braunschweig‘, und damit fertig.“

Aber es kommt zu gar keiner Anrede. Sie haben gerade ein paar Züge an ihren Zigarren gemacht. Die Tür geht auf und der Herzog tritt ein:

„Ich sehe, Sie haben sich schon bedient, das enthebt mich meiner Gastgeberpflicht. Darf ich erfahren, was Ihr Begehren ist?“

Die Abgesandten des A- und S-Rates sind aufgestanden.

Der mit dem Brandmal übergibt dem Herzog das Dokument:

„Wir haben Ihnen im Auftrag des Volkes dieses Schriftstück vorzulegen, über dessen Unterzeichnung Sie sich sofort schlüssig werden müssen!“

Der Herzog hält das Stück Papier in der Hand, einen halben Quartbogen, fünf Schreibmaschinenzeilen:

Braunschweig, den 8. Nov. 1918.

Ich, „Ernst August, Herzog von Braunschweig u. Lüneburg“, erkläre: daß ich für mich und meine Nachkommen auf den Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates lege.

Darunter eine Unterschrift — „Zander, Vorsitzender des Soldatenrates“, und eine zweite, „Merges, Vorsitzender des Arbeiterrates“; doch die zweite Unterschrift ist durchgestrichen.

„Ich bitte Sie, sich noch 30 Minuten zu gedulden. Bedienen Sie sich inzwischen!“ Mit einer einladenden Handbewegung auf die Kiste Zigarren verabschiedet der Herzog sich wieder und geht mit seinen Begleitern ins Nebenzimmer zurück.

Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg, ein begeisterter Pferdezüchter, Hundeliebhaber und ein interessierter Autosportmann, hat sich von politischen Dingen niemals aufregen lassen. Von dem größten politischen Ereignis seiner Regierungszeit, dem Weltkrieg, hat er sich schon nach sehr kurzer Teilnahme zurückgezogen, um nach Braunschweig zu seiner Gemahlin, seinen Pferden, Hunden und Autos zurückzukehren. Auch die Frage der Thronentsagung erschüttert den Herzog nicht übermäßig. Die Besprechung mit den herbeigerufenen Ministern und obersten Beamten — Freiherr v. Knigge, v. Grone, auch die Herzogin nimmt an der Konferenz teil — dauert nicht lange. Schon nach zwanzig Minuten kommt der Herzog ins Vorzimmer zurück und überreicht dem Matrosen vom Panzerkreuzer „Derfflinger“ das von ihm unterfertigte und von den Ministern gegengezeichnete Dokument.

Zehn Minuten später nimmt Merges, der Vorsitzende des A- und S-Rates, die Urkunde entgegen und verfaßt sofort einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem Braunschweig zur selbständigen Provinz des republikanischen Deutschland erklärt wird.

Noch am selben Abend sind Raumschuh und Bonczyk weitergefahren. Der Derfflingermann Alex Dankert und noch etwa hundert Matrosen sitzen im selben Zug, der fahrplanmäßig über Magdeburg, Rathenow nach Berlin gehen soll.

Berlin mit seinen Aemtern und Ministerien, die Hauptstadt des Reiches, muß genommen werden — erst dann sind die Meuterer keine Meuterer mehr und keine vogelfrei durch das Land schweifenden Banden — erst, wenn die rote Fahne am Brandenburger Tor und am Flaggenmast des Kaiserlichen Schlosses weht, hat die Revolution gesiegt!

Magdeburg und Stendal haben sie passiert.

Durch das zerbrochene Waggonfenster weht die Nachtluft herein, vom Erdboden aufsteigende Nebel, Rauch von der Lokomotive. Kalt und feucht wischt es über die Gesichter und hängt sich an die Kleider. Es ist wie auf nächtlicher Kriegswache an Bord: einer oder mehrere halten sich mit Rauchen wach, die anderen liegen in verknäuelten Haufen beieinander. Die Notwendigkeit, in jedem Moment fertig zum Aufspringen zu sein, macht den Schlaf unruhig und die unnatürliche Körperlage macht ihn schwer mit Träumen. Was hier fehlt, ist das klatschende Schlagen der Wogenköpfe gegen die Bordwand, das Klingen des Wetters in den Masten und Stagen, das rhythmische Stampfen der Maschinen.

Als ob etwas verloren gegangen sei!

So schnell sind die grauen Schiffe der Flotte Vergangenheit geworden. In diesem Waggon voller Menschen schwelt noch einmal das Bewußtsein der übervölkerten Kasematten, das Gefühl der gemeinsamen Bewegung nach der Schiffsroutine, das pendelnde Auf und Ab der Wachen. Und wenn der Zug anhält, die Insassen auseinander laufen, wird alles aus sein.

Karl Raumschuh steckt sich eine Pfeife an.

(Fortsetzung folgt.)

Die politische Erziehung des spanischen Proletariats.

Das geradezu rührende Vertrauen, das die werktätige Bevölkerung Spaniens in die Republik und in deren Vertreter vor nun mehr als einem Jahre gesetzt hat, ist allmählich einem stärker werdenden Mißtrauen oder sogar offener Gegnerschaft gewichen. Die unmittelbare politische Erfahrung hat vieles von dem nachgeholt, was vor der Revolution versäumt wurde, oder hat das zerstört, was falsch und wirklichkeitsfremd war.

Es gab keine politische Erziehung vor der Revolution, die diesen Namen verdient und eine kritische Stellungnahme der Arbeiterschaft zu den Ereignissen ermöglicht und bewirkt hätte. Wenn die Arbeiterorganisationen in der Politik eine Rolle spielten, dann geschah es, weil die wenigen beruflichen Politiker sie als Machtpositionen benutzten für Ziele, die von den Mitgliedern meist nur im guten Glauben gutgeheißen wurden. Wirklich Entscheidendes, die Arbeiter zur politischen Urteilsfähigkeit zu bringen, ist von keiner Seite versucht worden. So haben die Führer der syndikalistischen Gewerkschaft, die fast nur Anarchisten waren, bewußt darauf hingearbeitet, eine politische Einsicht zu verhindern, indem sie in begriffeverwirrender Weise ständig die Behauptung wiederholten, daß die Politik für die Arbeiter schädlich sei und nur einen Tummelplatz für Betrüger und Reaktionäre bilde. Scheinbare Beweise dafür lieferten ihnen die Sozialdemokraten, deren Worte mit den Taten nicht in Einklang standen und deren bedenkliche Verbindung mit dem Diktator Primo de Rivera noch heute die Mühlen der Anarchisten mit Wasser versorgt, ganz zu schweigen von der ministerlichen Tätigkeit, die Sozialdemokraten im Dienste der bürgerlichen Republikaner ausüben. Die Sozialdemokraten, völlig im Bann ihrer Lehre von der notwendigen Phase des demokratischen Volksstaates und bar aller schöpferischen Geister, beteten den Mitgliedern nur ihren marxistischen Katechismus vor, ohne den Versuch zu unternehmen, wirkliches Verständnis zu erzielen. So wurde auch von dieser Seite das politische Denken, d. h. die selbständige Urteilsfähigkeit und der Sinn für die politischen Realitäten, nicht gefördert, sondern, was schlimmer ist, durch eine falsche Lehre der Boden für die Illusion vorbereitet, die am 14. April 1931 fast das ganze Proletariat ergriff.

Heute, nachdem das spanische Volk aus dem schönen Traum von der sozialen Republik erwacht ist und durch Aufstände und Streiks zeigt, daß dieses Erwachen kein Versinken in die sonst dem Spanier häufig eigene Apathie zur Folge hatte, kann man auf eine allmähliche Erziehung hoffen. Man kann freilich noch keine Partei aufzeigen, die sich einer solchen Erziehung annähme und sie in Gang bringe. Im Augenblick fehlt dazu jeder Ansatz. Aber das, was den spanischen Arbeiter zum Nachdenken zwingt und zum Versuch führt, sich ein eigenes Urteil zu bilden — sofern der Wille an der schweren Aufgabe nicht erlahmt — ist die Woge der politischen Meinungen, die heute über ihn hinweggeht. Er steht im Kreuzfeuer vieler politischer Gruppen, die ihm mit Wochenblättern mit kräftigen Titeln auf den Leib rücken und von denen jedes revolutionärer als alle anderen sein will. Sie konkurrieren in der Lobpreisung der Revolution, wie Margarine-Fabriken um die Vorzüglichkeit ihrer Magenschmiere. Man hat Angst, der andere könnte kräftigere Worte finden, und nur die Furcht vor einem Verbot hält sie davon ab, jeden Tag zur Revolution aufzurufen.

Es ist klar, daß mit der Aufstellung endloser politischer Forderungen und deren Vertretung in polternder Sprache für die Erziehung der Arbeiterschaft nichts getan wird. Viele dieser Wochenblätter kommen und gehen daher, andere treten an ihre Stelle; aber selten behauptet sich ein Blatt ohne Rückhalt an einer größeren Gruppe für längere Zeit. Zahlreiche politische Monatsschriften, von Parteien oder von Schriftstellergruppen herausgegeben, versuchen ebenso zahlreiche Theorien zu verteidigen und alle erheben den Anspruch auf peinlichste „Wissenschaftlichkeit". Eine Fülle von Broschüren, die aus oft geringfügigen Anlässen entstehen, überschwemmen die Kioske und enthalten irgendwelche „Auseinandersetzungen". Die Uebersetzung revolutionärer Literatur aller Länder und aller Richtungen ist ein eifrig betriebenes Geschäft, bei dem sich die kommunistischen Verlage besonders hervortun.

Das alles aber ist keine Erziehung, deren das spanische Proletariat dringend bedarf. Was soll denn der arme Mensch machen, dem alle diese Zeitungen, Broschüren und Bücher unter die Augen kommen? Wie soll er entscheiden können, wenn drei kommunistische Parteien, die einander heftig bekämpfen, um ihn werben und wenn daneben noch die verschiedenen Richtungen der Anarchisten treten, die zwar revolutionär erscheinen, aber kein klares Programm geben können? Dazu kommt noch die Sozialdemokratische Partei, die ihn zur Volksgemeinschaft lockt und ihm das Märchen von der „Arbeiterrepublik" erzählt. In diesem Chaos der politischen Meinungen steht das Proletariat Spaniens unschlüssig, zögernd, bald diesem bald jenem folgend, aber immer in eine Niederlage geführt. Gewandte Redner umschmeicheln es und versuchen mit überaus demagogischen Mitteln, sich einen Wählerkreis zu schaffen; die Kommunisten versuchen durch Stimmaufwand und Großspurigkeit ihre Schwäche zu verdecken, und die Sozialdemokraten halten Vorlesungen über den wissenschaftlichen Sozialismus. Aber die Arbeiter verstehen das alles nicht. Sie kaufen sich eine politische Broschüre und lesen sie sogar — aber der Inhalt bleibt ihnen unverständlich. Sie suchen sich einige verständliche Brocken zusammen und werfen sie in ihre unbeholfenen Diskussionen, die sie täglich auf dem Bau, in den Fabriken oder im Café führen, hinein und kauen mit heiligem Eifer an diesem unverdaulichen Zeug herum. Es bleibt ihnen unverständlich und *muß* ihnen unverständlich bleiben, weil niemand sie die Fähigkeit lehrt, zu *denken*.

Und das allein ist heute die dringlichste Aufgabe für eine Partei, die sich ernstlich die Aenderung der bestehenden Verhältnisse vornimmt: Eine planmäßige und umfangreiche Schulungsarbeit zur Bildung und Festigung des Grundstocks der Träger der noch notwendigen Revolution. Alle bloße Propaganda kann nur der Anhäufung von Flugsand gleichen, der im Augenblick wieder zerstiebt, wenn der Wind aus anderer Richtung weht. Keine der Parteien, außer einer Partei, die die Schulung, nicht das Drillen zum Gegenstand ihrer Unterweisungen macht, vermag einen Weg zu zeigen, wie die Zersplitterung der Arbeiterschaft in naher Zeit beseitigt werden kann. Jetzt wäre eine Expedition von ISK-Genossen das Richtige. Im Gefühl ihrer eigenen Schwäche vertrauen die spanischen Genossen die Lösung ihrer Probleme irgendwelchen geheimnisvollen Kräften an und „hoffen" auf den guten Ausgang.

Die Umwälzung in Spanien hat dem geistigen Leben im Proletariat einen großen Anstoß gegeben. Besonders die Jugend ist lebendig geworden und fast sie allein ist politisch tätig. Auch für diese Jugend gibt es in Spanien leider keine Lehrer, die sie zu behandeln wüßten und die ihr Maßstäbe zeigen könnten zur Beurteilung der vielen politischen Meinungen. Sie ist auf sich selber angewiesen und muß schlecht und recht sich einen Weg bahnen durch das Labyrinth der vielen Theorien. Das Proletariat Spaniens hat sich noch in keiner Weise festgelegt. Es steht noch abseits der politischen Parteien und ist mehr Objekt als Subjekt der politischen Aktionen. Die Niederlagen, die es unter der Führung verschiedener Richtungen erlitten hat, machen es vorsichtiger und kritischer. Wer auf die Dauer auf es rechnen will, muß den zwar mühevollen, aber sicheren Weg der planmäßigen Schulung und Heranbildung fähiger Kräfte für die Revolution gehen.

Hermann Platiel (Barcelona).

Die spinale Kinderlähmung.

J. R. Die spinale Kinderlähmung ist eine Erkrankung, die durch einen noch nicht genau bekannten Krankheitserreger verursacht wird und meistens Kinder befällt. Der Hauptsitz der Erkrankung ist das Rückenmark. Die von dort ausgehenden Nervenstränge entarten, hören auf zu arbeiten, und die Folge hiervon ist, daß auch die von den Nerven versorgten Muskeln nicht mehr arbeiten können, d. h. gelähmt sind.

Die ersten Krankheitszeichen sind meistens: Fieber, Durchfälle, Schmerzen bei Berührungen. Bald werden Lähmungen in verschiedener Ausdehnung bemerkbar. Die Lähmungen können sich im Laufe der Erkrankung, auch noch monatelang nach Auftreten der ersten Krankheitszeichen mehr oder weniger zurückbilden. Immer ist bei dieser Erkrankung ärztliche Behandlung nötig. Meist müssen die gelähmten Glieder lange Zeit und sehr sorgfältig orthopädiert mit Massage, Elektrizität und Gymnastik behandelt werden, um wieder leistungsfähig zu werden oder sich wenigstens nicht in häßlichen Formen zu verbiegen. Manchmal sind Operationen nötig, um die Sehne eines gesunden Muskels dahin zu verpflanzen, wo ein gelähmter Muskel irgend eine wichtige Arbeit nicht mehr leisten kann.

Da man die Lebensweise und Uebertragungsmöglichkeit des Krankheitserregers nicht genau kennt, kann man sich noch nicht sicher vor der Ansteckung schützen. Man sollte Kinder immer vor Berührung mit an spinaler Kinderlähmung Erkrankten und deren Umgebung bewahren. Außer dieser Vermeidung von Ansteckungsmöglichkeiten ist der beste Schutz ein gesunder Körper, der selber die Kräfte hat, die in ihn eindringenden Krankheitskeime unschädlich zu machen.

g **Magdeburg**, 25. August.

Der Kreisarzt des Stadtkreises Magdeburg teilt über den Stand der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung folgendes mit: In der Zeit vom 16. bis 23. August sind in Magdeburg weitere sechs Erkrankungen an Kinderlähmung amtlich festgestellt worden, von denen fünf leichter Natur sind. Zwei von diesen Erkrankungen stammen noch aus dem Monat Juli und sind wegen der Geringfügigkeit der Erscheinungen erst jetzt ermittelt worden.

Bei Belgard (Pommern) ist ein weiterer Fall von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden, sodaß bisher im Kreise Belgard neun Fälle vorliegen. Mehrere Schulen sind geschlossen worden.

Die spinale Kinderlähmung ist kürzlich auch im Amtsbezirk Butjadingen aufgetreten, wo bisher 10 Kinder von der Krankheit ergriffen sind.

In Mecklenburg-Strelitz sind, wie das Ministerium mitteilt, bisher im ganzen sechs Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten.

Sie machen dich dumm, sie machen dich taub!

Die bürgerliche Zeitung:

Sie kommt dir täglich ins Haus spaziert
Und ist sehr vornehm auffrisiert.
Hat einen Roman, in dem sie sich kriegen
Und einen Sportteil mit Mädchenriegen,
Sowie einen großen Annoncenteil.
Vom Kampf der Unterdrückten schreibt sie nichts.
Gegen die Morde der Nazis schreibt sie nichts
Und nichts gegen Lohn- und Unterstützungsraub.
Sie macht dich dumm, sie macht dich taub.
Bestell ab, bestell ab!

Der Rundfunk:

Das geht von früh bis spät:
Mit Militärmusik,
Mit Reden gegen die Republik,
Mit Generalsreden
Und Kirchengebeten.
Mit gefärbten Berichten
Und blöden Geschichten.
Vom Kampf der Unterdrückten sagt er nichts.
Gegen die Morde der Nazis sagt er nichts
Und nichts gegen Lohn- und Unterstützungsraub.
Er macht dich dumm, er macht dich taub.
Schalt aus, schalt aus!

Die Kirche:

Sie sagt, alles sei von Gott bestimmt.
(Daß der Reiche dem Armen das Brot wegnimmt?
Daß Kriege und Morde der Nazis sind?)
Daß wir auf Erden für den Himmel büßten.
Daß die Menschen gegängelt werden müßten.
Vom Kampf der Unterdrückten hält sie nichts.
Gegen die Unterdrücker tut sie nichts,
Und nichts gegen Lohn- und Unterstützungsraub.
Sie läßt dich dumm, sie läßt dich taub.
Tritt aus! Tritt aus!

Du brauchst die Sachen des Bürgertums nicht.
Du brauchst den ehrlichen Bericht
Von Streik und Solidarität,
Von Revolutionen,
Vom Kampf der Millionen.
Dich brauchen die Arbeiterorganisationen.
Tritt ein, tritt ein! H. D.

Nazi-Bilderdienst.

T. H. Die Presse der NS bringt dauernd Bildveröffentlichungen über angebliche Schandtaten von Marxisten: Bilder von verwundeten SA-Leuten, Hinterbliebene der auf dem „Feld der Ehre" gefallenen Hitlerkämpen.

Wie solche Bilder zum Teil „gemacht" werden, zeigt folgende aufklärende und interessante Meldung:

Unter der Ankündigung: „Adolf Hitler begrüßt die Witwe des ermordeten Pg. Messerschmidt" wurden vor einiger Zeit in Kassel Photographien verkauft, auf denen Adolf Hitler einer Frau in Trauerkleidung die Hand reicht; die Bilder wurden mit der gleichen Unterschrift in sämtlichen Parteiläden ausgehängt. Das Bild wurde am 22. Juli bei der Anwesenheit Hitlers in Kassel hergestellt. Frau Messerschmidt befand sich überhaupt nicht auf dem Flugplatz, wo die Aufnahme gemacht wurde. Das Bild zeigt — bei der schlechten Beleuchtung hinreichend undeutlich — eine andere Frau.

Der Schwindel ist durch die Frau, die damals Hitler die Hand gegeben hat und bei diesem feierlichen Akt geknipst wurde, aufgedeckt worden. Diese Frau, früher eine begeisterte Anhängerin der NS, wurde wegen ihrer laut geäußerten Entrüstung über den Schwindel mit der Photographie aus der Partei ausgeschlossen.

Die Geschichte vom armen Pg., den das Feuer verzehrte.

„Parteigenossen, helft!

Unserem Pg. Lähr in Nienderhochstadt wurde am vergangenen Montag sein Anwesen von politischen Gegnern in Brand gesteckt, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Dadurch wurde die gesamte Ernte vernichtet. Wir wenden uns an alle Parteigenossen mit der Bitte, zu helfen. Gebt Heu, Stroh, Korn, Weizen usw., damit Pg. Lähr mit seiner Familie über den Winter hinweggkommt. Die Gauleitung."

So schrieb die in Kaiserslautern erscheinende nationalsozialistische Zeitung „NSZ" (Nr. 181). Zwei Tage später stand in derselben Zeitung folgendes:

„Wie verschiedene Zeitungen melden, wurde Gastwirt Georg Lähr nebst seinem Schwiegersohn Minges wegen angeblicher Brandstiftung verhaftet. Würden diese überführt werden, so läge ein solches Verhalten auf der gleichen Linie, wie die Angaben des Lähr, er sei Mitglied der NSDAP. Sofort nach Bekanntwerden obiger Meldung entstand bei der Gauleitung der NSDAP der Verdacht, daß auch die Mitteilung über die Parteizugehörigkeit des Lähr ein Schwindel sei. Eine Ueberprüfung der Kartei hat ergeben, daß Lähr nicht Mitglied ist, vielmehr aus der Tatsache des „Geschädigten" Kapital schlagen wollte. Georg Lähr gehört also nicht der NSDAP an, gesinnungsgemäß vielmehr gegebenenfalls in die Reihe der „Eisernen Front", in der man derartige Elemente in letzter Zeit in Ueberzahl finden kann. — Wir haben es schon oft genug erlebt, wie gerade solche Leute mit unserem Namen ihre SPD-Gesinnung zu verdecken versuchen."

Der Tod eines „Radikalen".

H. Lt. Karl Gandorfer, der langjährige Reichstagsabgeordnete des „Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes", ist am 20. August gestorben. Namentlich in der Revolutionszeit spielte Gandorfer eine große Rolle. Seine Partei, die die kleinbäuerlichen Kreise vertritt, machte damals der mehr großbäuerlichen katholischen „Bayerischen Volkspartei" viel zu schaffen. Gandorfers blinder Bruder zog, Arm in Arm mit Kurt Eisner, an der Spitze jener Demonstration, die zum Sturze des bayerischen Königs führte. Schon vor dem Krieg war Gandorfers Parole: „Der Klerikalismus ist der Feind!" Jetzt ist Karl Gandorfer, nach langem Leiden, „gläubig als Katholik gestorben". In der niederbayerischen Gegend, wo er zu Hause war, heißt es, er soll, bevor er die Sterbesakramente in Empfang nahm, gesagt haben: „So radikal ich in der Politik gewesen bin, so radikal will ich jetzt auch beichten!"

Kämpfe um die Arbeitsbedingungen.

Der Auftakt des englischen Weberstreiks.

Die Meldungen über die Streiklage in Lancashire sind sehr verschieden. Es scheint, daß in mehreren Orten das Wochenende zu Einzelverhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern benutzt wurde, die zur Folge hatten, daß der Betrieb in mehreren Fabriken am Montag wieder aufgenommen wurde. Die Telegraphen-Union meldet, daß sich infolgedessen von den 200 000 Webern 10 000 nicht mehr am Streik beteiligen; das „Berliner Tageblatt" bringt eine WTB-Meldung, der zufolge die Zahl der Streikenden jetzt nur 65 000 beträgt (eine unwahrscheinlich niedrige Zahl), daß die Gewerkschaften aber mit einem Anwachsen der Zahl auf 170 000 rechnen; der „Vorwärts" erfährt aus Manchester, daß sich 130 000 Arbeiter im Streik befinden. Die Führer mehrerer Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände setzten sich am Montag in öffentlichen Erklärungen für ein sofortiges Eingreifen der Regierung ein. Hoffentlich verhindern die Gewerkschaften nicht durch den Wunsch, den Streik rasch zu beendigen, den Erfolg der erst in der Entwicklung begriffenen Aktion.

Streikstimmung bei den Londoner Omnibusangestellten.

Am Montag fand in London eine Konferenz zwischen Vertretern der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft und der Belegschaften statt. Eine Einigung über die Lohnfrage und die angekündigte Veränderung der Dienstbestimmungen wurde nicht erzielt. Die Konferenz wird am Dienstag fortgesetzt.

Während der Verhandlungen kam es außerhalb des Gebäudes zu lebhaften Kundgebungen der Arbeiter, die teilweise in roten Hemden erschienen waren und für den Streik demonstrierten. Die Polizei griff ein und zerstreute die Menge, wohl um zu verhindern, daß auch die Vertreter der Belegschaften, die oben bei der Konferenz saßen, von der Streikstimmung der Arbeiter erfaßt würden.

Streik in der holländischen Handelsschiffahrt.

Am Dienstag abend begann in Amsterdam und Rotterdam der Streik der Seeleute.

Wie wir schon am Sonntag berichteten, ist der Konflikt in der holländischen Seeschiffahrt ausgebrochen, weil die Unternehmer die Gewerkschaften durch Einstellen ausländischer Seeleute zwingen wollten, eine Senkung der Löhne anzunehmen. Auf die Streikdrohung der Gewerkschaften antwortete der Verband der Arbeitgeber, daß nach Ablauf der Kollektivverträge die Mitglieder des Verbandes die Freiheit hätten, von sich aus die im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Unternehmen notwendigen Maßnahmen zu treffen. Der Verband der Arbeitgeber sei jederzeit bereit, neue Kollektivverträge abzuschließen, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Existenzmöglichkeiten der verschiedenen Unternehmungen nicht von vornherein ausgeschlossen würden.

Um zu verhindern, daß durch neue Kollektivverträge oder durch einen tariflosen Zustand die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter „von vornherein ausgeschlossen werden", haben die Gewerkschaften den Streik erklärt.

Transportarbeiterstreik im Gdinger Hafen.

Im Hafen von Gdingen ist ein Streik der Transportarbeiter ausgebrochen, die eine im Juni vorgenommene Lohnsenkung von 11 Prozent rückgängig machen wollen. Etwa 70 Prozent der in Gdingen beschäftigten Transportarbeiter beteiligen sich an dem Streik.

Streikerfolg der Warschauer städtischen Beamten.

Der Streik der 8000 städtischen Beamten und Angestellten in Warschau ist vorläufig eingestellt worden, nachdem der Magistrat versprochen hat, alle Lohnrückstände nach einem bestimmten Plan bis Mitte September auszuzahlen. Der Streik soll sofort wieder aufgenommen werden, wenn der Magistrat das Abkommen nicht einhält.

Niederlage der amerikanischen Bergarbeiter.

Wir berichteten am Dienstag über die Aktion der streikenden amerikanischen Bergarbeiter, die in Automobilen nach der Stadt Benton zogen, um die dort beschäftigten Streikbrecher an der Arbeit zu hindern. 500 Polizisten genügten, um die 20 000 Arbeiter daran zu hindern, die Stadt zu betreten. Viele Arbeiter wurden verletzt, mehr als hundert Automobile zerstört. Die Polizei griff mit Maschinengewehren und Pistolen an.

Nur wenige von den Streikenden haben den Wunsch, einen neuen Marsch auf Benton zu wagen. Die Mehrzahl scheint durch die Niederlage entmutigt zu sein.

Es ist bemerkenswert, daß die Art, in der die Polizei gegen die Arbeiter vorgeht, in den Vereinigten Staaten bei keiner politischen Richtung auf Protest stößt. Die Rücksichtslosigkeit der Behörden gegenüber den Arbeitern nimmt, ungehindert von der öffentlichen Meinung, immer mehr zu. Wie aus der steigenden Zahl von Streiks zu schließen ist, sind die Massen durch diese Behandlung und durch die von den Unternehmern erfolgreich durchgeführte Lohnabbauwelle aufgerüttelt worden. Aber durch Mißerfolge, wie den von Benton, werden sie entmutigt, besonders da es eine Partei, die die Führung der Arbeiter übernehmen kann, in den Vereinigten Staaten nicht gibt.

„Daß die Schwierigkeiten bei unserer Fußballmannschaft in einzelnen Fällen auch auf die Starrköpfigkeit der Angestellten zurückzuführen sind, wissen wir und möchten hiermit eine Tatsache beleuchten: Im Werk Reisholz ist der Büroangestellte Henkel tätig. H. gilt als einer der besten Fußballspieler des Bezirkes Düsseldorf. Er wäre in der Lage, unsere Elf durch sein Mitspielen so zu stärken, daß wir auf Erfolg rechnen könnten. Wiederholt sind wir mit dem Versuch an H. herangetreten, ihn für unsere Fußballmannschaft zu gewinnen. Unsere Mühe war fast immer erfolglos, da H. sich damit ausredet, er müsse im Westdeutschen Spielverband spielen und habe für uns keine Zeit. Wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß H. wohl wie andere Kollegen in unserer Mannschaft antreten könnte, aber der Wille fehlt.

Schließlich ist es doch Pflicht und Schuldigkeit jedes Angestellten, auch im Sport sein Können für seinen Brotgeber einzusetzen. Düsseldorfer Großfirmen, wie Vereinigte Stahlwerke, Henkel & Co., Barmer Bank-Verein u. s. w., machen es ihren Angestellten zur Pflicht, im Sport die Firmen-Farben zu vertreten. Wir halten es für sehr zweckmäßig, wenn H. durch die Leitung des Werkes Reisholz auf seine Sportpflicht aufmerksam gemacht würde, denn letzten Endes ist auch heute noch das Sprichwort wahr: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe"."

Saubere Patrone, diese Herren „Kollegen" vom Werksportvereine, die sich nicht scheuen, den Absichten der Unternehmer durch solche Denunziantenstückchen Vorschub zu leisten, damit sie nicht nur über die Arbeitszeit ihrer Angestellten verfügen, sondern auch über deren Freizeit.

Gasgranaten-Opfer im Frieden.

Der Tod eines Munitionsarbeiters.

„Der zweite Fall von Vergiftung betraf einen 28jährigen Mann, welchem im Füllbetrieb beim Schließen einer Gelbkreuzgranate Flüssigkeit auf die Kleider geraten war; dabei waren außer den Händen vor allem die Innenflächen der Oberschenkel und die Geschlechtsorgane gefährdet, weil die Geschosse bei der Arbeit zwischen den Oberschenkeln gehalten werden.

Krankheitsgeschichte: Am 20. 6. früh Vergiftung; am Abend desselben Tages wegen Heiserkeit, Conjunctivitis (Augenentzündung) ins Lazarett. Verbrennungserscheinungen an den Innenflächen der Oberschenkel, an den äußeren Geschlechtsteilen, am Kreuzbein, am Unterleib. Am 28. 6. (nach 8 Tagen) Lungenentzündung. Am 4. 7. Tod (nach 14 Tagen)."

(Zeitschrift für experimentelle Medizin.)

Auftakt zur Agrarautarkie.

Gewissermaßen als Auftakt zur Verkündung des Wirtschaftsprogramms durch Papen gab die Reichsregierung eine Reihe von Zollerhöhungen für Agrarprodukte bekannt:

	alter Zollsatz	neuer Zollsatz
	Mark je Doppelzentner	
Gurken	10	30
Fruchtsäfte	12	20
eingedickte Fruchtsäfte	12	60
geschlachtete Gänse	55	75
flüssiges Eigelb	8	65
Eiweiß	zollfrei	50
pflanzlicher Talg, der zum Genuß geeignet ist	1,75	2,50
pflanzlich. Talg, der nicht zum Genuß geeignet ist	zollfrei	2

Der Vorzugszollsatz von 10 Mark bei der Einfuhr von Auslandswein gilt künftig für die Wermutwein-Industrie nur noch, wenn sie mindestens 15 Prozent, und für die Weinessigindustrie nur noch, wenn sie mindestens 33⅓ Prozent deutsche Weine verwertet. Der Absatz von deutschem Wein soll dadurch gesteigert werden.

Wes Brot ich esse . . .

A. G. Die Befürworter der Werksportvereine vermeiden es im allgemeinen, die wirklichen Zwecke dieser Einrichtung zu nennen.

Der „Freie Angestellte" ist in der Lage, etwas über diese wirklichen Zwecke mitzuteilen.

Es handelt sich um folgendes:

Ein Angestellter der Düsseldorfer Filiale der Petroleumfirma Shell hatte sich trotz der Aufforderung seitens der Leitung des Werksportvereins nicht entschlossen, in diesem mitzumachen. Der Vorstand des betreffenden Vereins (Unterzeichner Vorsitzender und Schriftführer) sandte an den Direktor Späth in der Zentrale der Firma ein Schreiben folgenden Wortlautes:

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O. v. Guerickestr. 104, H.r.l.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5 % Rabatt!

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer F 7 Jannowitz 5471

Naturreiner, echter
Bienenhonig
10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 30. August: Die berühmten 3 Komiker
Charlie Chaplin
Charlie arbeitslos
Buster Keaton
Casanova wider Willen
Harold Lloyd
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

iSK

7. JAHRGANG 8. HEFT AUGUST 1932

Inhalt:

JULIUS PHILIPPSON:

Jugend und Krieg.

*

HANS LEHNERT:

Kleinstaaterei und Nationalismus.

*

HANNA FORTMÜLLER:

Vorwärts zur Einheitsfront!

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Der BRACHTsche Sittlichkeitserlaß

zeigt den jetzt offen hervortretenden Vorstoß der Kulturreaktion.

Rüstzeug zum Kampf gegen die Kulturreaktion

bilden die Schriften:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom Sozialistisch-dissidentischen Lehrerkampf-Bund. 32 Seiten. 0,50 M

„Eine Kampfschrift gegen Kirche und Konkordat . . . und Material zu Kulturkampffragen."
„Sonntagszeitung", vom 20. Januar 1929.

Leonard Nelson: **Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit.**

18 Seiten. 0,20 M

„Die proletarische Jugend darf sich den politischen Willen nicht lähmen lassen durch voreiliges Streben nach höheren Bildungsgütern, die sie verführen, sich am Ziel zu wähnen."
(Aus dem Inhalt.)

Upton Sinclair: **Religion und Profit.** 182 Seiten. Broschiert 2,— M

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Spiel mit dem Zuchthausurteil.

Berliner Sondergericht am Montag.

Hk. Am Montag stand der 23jährige, mit der KP sympathisierende Arbeiter Schlage vor dem Berliner Sondergericht. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen ihn zehn Jahre Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruchs. Das Gericht erkannte auf gefährliche Körperverletzung und verurteilte Schlage zu acht Monaten Gefängnis.

Das Auseinanderklaffen von Strafantrag und Urteil beleuchtet die

Dehnbarkeit des Landfriedensbruch-Paragraphen.

Landfriedensbruch liegt nach § 125 StrGB vor, „wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen . . . Gewalttätigkeiten begeht". Wer an dieser Zusammenrottung nicht nur teilnimmt, sondern selber eine Gewalttätigkeit gegen Personen begeht, erfüllt den Tatbestand des *schweren* Landfriedensbruchs, der nach der Notverordnung vom 9. August mit mindestens zehn Jahren Zuchthaus bestraft wird.

Ueber welches Beweismaterial verfügte der Staatsanwalt?

Es handelt sich um eine Schlägerei, die am 18. August abends in der Gipsstraße stattgefunden hat. Ueber den Vorgang gingen die Darstellungen der acht Zeugen, die darüber aussagten, erheblich auseinander.

Die drei nationalsozialistischen Belastungszeugen behaupten, als sie — diese drei — in die Gipsstraße gekommen seien, habe Schlage sie angegriffen, während gleichzeitig durch Schlage oder einen seiner Begleiter aus einem Lokal in unmittelbarer Nähe 30 bis 40 Mann herbeigeholt worden seien.

Nach der Darstellung der fünf Entlastungszeugen ist es so gewesen: Schlage ging, Hände in den Hosentaschen, durch die Gipsstraße, als von hinten die drei Nazis sich an Schlage hermachten. Der fragt: „Nanu, was ist denn los?" Darauf gleich eine Backfeife, bald darauf die zweite. So behandelt, hat dann Schlage sich wütend auf den jungen Nazi Maß gestürzt, ihn verfolgt und verprügelt. Aus dem fraglichen Lokal kam dann der (freigesprochene) Mitangeklagte Mett mit einigen anderen — im ganzen höchstens sieben Personen. Mehrmals hat Mett den wütenden Schlage von Maß losgerissen und ihn mit zurückgenommen. Der Wirt des Lokals sagt auf das bestimmteste und „ohne Anrufung Gottes" aus, daß im Lokal im ganzen einschließlich der Frauen höchstens 15 Personen waren; daß jemand gekommen sei: „Draußen wird jemand geschlagen!"; daß er und Mett sich in die Tür gestellt hätten, um die Menschen *nicht* auf die Straße zu lassen; daß schließlich Mett und ein paar zur Hilfe herausgeeilt seien. Daß 30 bis 40 aus der Kneipe herausgekommen seien, sei völlig unmöglich. Alle Zeugen außer den Nazis bestätigen dies.

Die Glaubwürdigkeit der drei Nazis wollen wir durch ein paar Tatsachen beleuchten, wobei wir hinzufügen, daß ähnliche Tatsachen, die in die Glaubwürdigkeit der Entlastungszeugen Zweifel zu setzen berechtigt hätten, nicht die Spur zum Vorschein kamen.

1. Der SA-Mann Schäfer, der von Schlage verprügelt sein will, betont, einige Stunden vor der Schlägerei in einer anderen Kneipe, in der er mit Schlage Billard gespielt hat, *stark* getrunken haben. Die nahezu sinnlose Betrunkenheit dieses Zeugen wird auch von den Nazis immer wieder unterstrichen. Bevor es dann zu der Schlägerei in der Gipsstraße gekommen ist, will Schäfer sich im SA-Lokal in der Steinstraße durch Seltertrinken wieder aufgenüchtert haben. So weiß Schäfer zu erzählen, daß Schlage *und* sein Begleiter in das kommunistische Verkehrslokal gegangen seien, um aus diesem 30 bis 40 Mann zu alarmieren. Im übrigen ist Schäfers Redensart:

„Herr Rat, ich bin mir dessen nicht bewußt!"

2. Im Widerspruch zu Schäfer behaupten die beiden anderen Nazis, nicht Schlage sei zur Alarmierung in das KP-Lokal gelaufen, sondern zwei andere.

3. Der Sturmführer Kube äußert sich über Schäfers Tätigkeit im SA-Lokal. Auf des Vorsitzenden Frage, ob Schäfer dort noch getrunken habe, sagt Kube bestimmt: „Ja, ein paar Mollen hat er noch getrunken." Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, daß Schäfer selber behauptet habe, im SA-Lokal nur Selter getrunken zu haben, aber sagt Kube prompt: „Ich weiß nicht, ob er überhaupt etwas getrunken hat."

Das ist das Material, auf dem

der Staatsanwalt folgende Argumentation

aufbaute: In der Gipsstraße sei es auf ungeklärte Weise zu einer Schlägerei zwischen Schlage und Schäfer gekommen — eine rein persönliche Auseinandersetzung, kein Landfriedensbruch. Dann seien auf einen Ruf hin etwa 6 bis 10 Personen aus dem Lokal gekommen

„Schlage ist dann gewissermaßen (!) ihr Führer geworden."

Innerhalb *dieser* Menge war Schlage, als er den Maß verprügelte.

*

Diese Begründung des Zuchthausantrags ist um so leichtsinniger, als auch der Staatsanwalt die Tätigkeit des aus dem Lokal gekommenen Mett als eine Hilfe für den von Schlage verprügelten Maß anerkennen und die Freisprechung des Mett beantragen mußte. Ein anderer, der aus dem Lokal Gekommenen ist aber einer weiteren Betätigung nicht einmal verdächtigt worden. Der Staatsanwalt erkannte mindestens für Mett an, daß dieser „nicht das Bewußtsein und den Willen gehabt habe, sich an einer Gewalttätigkeit zu beteiligen", und daß *deswegen* Mett nicht des Landfriedensbruchs schuldig sei.

Wenn also der Staatsanwalt behauptete, die zusammengerottete Menschenmenge, aus der heraus Schlage gegen Maß gewalttätig geworden sei, sei die Menge: Schlage plus den aus dem Lokal Gekommenen, gewesen, so hat der Staatsanwalt durch seine eigene Argumentation zum Freispruch Mett jener Menschenmenge das für den Tatbestand des Landfriedensbruchs notwendige Merkmal abgesprochen, daß sie *„mit vereinten Kräften"* Gewalttätigkeiten begangen habe. Niemand außer Schlage ist eine Gewalttätigkeit nachgewiesen worden.

Daß das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tolk der brüchigen Argumentation des Staatsanwalts nicht folgte, ändert nichts an der Gefährlichkeit eines solchen Staatsanwalts am Sondergericht, wo mit den harten Strafen der Notverordnung hantiert wird. Ein Auseinanderklaffen zwischen Strafantrag und Urteil, wie im vorliegenden Falle, sollte bei gewissenhafter Verhandlung in einem Strafprozeß unmöglich sein.

Der Reichstag vor seinem Ende.

Klara Zetkin wird den Reichstag eröffnen.

Klara Zetkin ist in Berlin und hält an ihrem Beschluß, den Reichstag zu eröffnen, fest. Wie berichtet wird, versuchen die Parteien der Mitte, Klara Zetkin dazu zu bewegen, als Alterspräsidentin auf parteipolitische Agitation zu verzichten. Auch versuchen sie, allerdings wohl mit wenig Erfolg, die Nationalsozialisten zu einem gemäßigten Verhalten im Reichstage zu bewegen. Vielleicht entschließt sich der Reichstag, Klara Zetkin wenigstens die Achtung entgegenzubringen, die ihr als alter Kämpferin gebührt.

Löbe verabschiedet sich.

Der bisherige Reichtagspräsident Löbe verabschiedete sich am Montag mit einer kurzen Ansprache vom Personal des Reichstags. Er wird im neuen Reichstag weder für das Amt des Reichstagspräsidenten, noch für das eines Vizepräsidenten kandidieren.

Die Abgeordneten treffen ein.

Am Montag herrschte schon reges Leben in den Räumen des Reichstages. Zahlreiche Abgeordnete sind eingetroffen und Neulinge besichtigten die Stätte ihrer künftigen, wohl nicht allzu langen Tätigkeit.

Die kommunistische Fraktion des preußischen Landtages fordert in einem Antrag, daß die Mieten nach dem Einkommen gestaffelt werden und 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen dürfen. Außerdem verlangen die Kommunisten die Aufhebung aller Verordnungen und Erlasse, durch die die Wohnungszwangswirtschaft und der Mieterschutz gelockert werden.

Der Reichsleiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, Josef Schlaffer, ist bei einer Besprechung des Kampfbundes in Stuttgart verhaftet worden. Für die Verhaftung sind keinerlei Gründe bekanntgegeben worden.

Die Freigabe des „Tannenberg"-Films ist von der Filmprüfstelle beschlossen worden, allerdings unter Ausschluß der Stellen, in denen Hindenburg auftritt, da dessen Darstellung in diesem Film geeignet sei, „das deutsche Ansehen zu gefährden und lebenswichtige Interessen des Staates zu verletzen".

Ein vorsichtiger Richter.

Der Flieger Gabriel, der am 3. Juni in eine Werkstatt hineingesaust war und dabei eine Arbeiterin getötet hatte, stand wegen fahrlässiger Tötung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts II in Berlin. Das Gericht kam zu einem Freispruch, da die Fahrlässigkeit nicht nachgewiesen werden konnte. Eine Reihe von Zeugen behauptete allerdings, Gabriel habe über den Werkstätten am Flugplatz Johannisthal Kunstflüge ausgeführt, und der Sachverständige, Polizeihauptmann Kortum, vertrat den Standpunkt, daß fahrlässige Flugweise vorliege, Gabriel aber behauptete, er hätte keinen Kunstflug ausgeführt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung beantragt.

*

Wenn nur die Sondergerichte bei Verurteilungen von Arbeitern diesen Grad an Vorsicht einhalten würden, diese Ansprüche an die Strenge der Beweisführung stellen würden!

Neutralität oder Intervention.

Die vom Völkerbund nach Mandschurien geschickte sogenannte Lytton-Kommission wird wahrscheinlich bald einen Bericht abgeben, der für Japan nicht günstig ausfallen wird. In Erwartung dieses Berichtes hat der amerikanische Staatssekretär Stimson kürzlich in New York eine Rede gehalten, die eine Warnung an Japan darstellte. Stimson hat sich bei dieser Rede auf den in Paris 1928 abgeschlossenen Kellogg-Pakt berufen, durch den jeder Krieg als ungesetzlich erklärt und die Verständigung als das einzige Mittel der Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten zugelassen wird. Auf Grund dieses Paktes, so sagte der amerikanische Staatssekretär, sind alle Staaten verpflichtet, sich in internationale Konflikte einzumischen,

Neutralität sei durch diesen Pakt für jeden Staat unberechtigt geworden.

Man sieht, wie sehr ein bürgerlicher Politiker hier auf der richtigen Spur ist: Er verwirft das Recht der Neutralität und proklamiert die Pflicht der Intervention aller Staaten zur Vermeidung eines kriegerischen Angriffes eroberungslustiger Regierungen. Diese Lehre ist von dem Philosophen Leonard Nelson schon vor 1918 vertreten worden. Wir haben sie uns im „Funken" zu eigen gemacht. In Nelsons Schrift „Vom Staatenbund", die bald in zweiter Auflage erscheint, wird eben jene Pflicht zur Intervention *begründet.*

Aber dort wird noch mehr getan. Dort wird nämlich auch nach den Sicherheiten gefragt, nach den „Sanktionen", wie man heute sagt, die dafür geschaffen werden müssen, daß der Angreifer auch wirklich daran gehindert wird, seine Eroberungspläne auszuführen. Auch Stimson hat sich zu dieser Frage geäußert. Aber er hat gekniffen. Er hat die *Gewalt* als Mittel zur Erzwingung der Einhaltung des Kellogg-Paktes abgelehnt und nur von der Notwendigkeit von *Verhandlungen* im Falle eines drohenden Krieges gesprochen. Er hat die Sicherung des Friedens *der öffentlichen Meinung* der Welt überlassen. Er konnte als Vertreter einer kapitalistischen Macht kaum anders reden. Denn er mußte seiner Regierung eine Hintertür offen lassen für den Fall, daß diese zum Beispiel in der dauernden Besetzung Mandschuriens durch die imperialistische japanische Regierung doch noch, das kleinere Uebel sehen sollte im Vergleich zum Vormarsch der chinesischen proletarischen Revolution, die aus der Verdrängung der Japaner neue Kraft schöpfen könnte.

Verhandlungen sind, wie gerade das Beispiel des japanischen Einfall in Mandschurien zeigt, kein ausreichendes Mittel, schen Einfalles in Mandschurien zeigt, kein ausreichendes Mittel, halten. Und was *die öffentliche Meinung* angeht, so besteht diese in einer Klassengesellschaft im Grunde genommen überhaupt nicht. Denn in solchen Ländern besitzen große Massen der Bevölkerung vielfach nicht die Möglichkeit, sich eine selbständige Meinung über internationale Vorgänge zu bilden und niemals die *Freiheit*, diese Meinung zur Geltung zu bringen, wenn sie den Interessen der herrschenden Klasse entgegen ist. Heutzutage ist darum das Anrufen der öffentlichen Meinung bestenfalls nur leeres Geschwätz.

In Frankreich, wo man die Gefahr einer Invasion handgreiflich vor Augen sieht, verlangt man darum auch handgreiflichere „Sanktionen" und ist mit der Unbestimmtheit der Rede Stimsons nicht zufrieden. Nur die Regierung, die eine Formel sucht, auf Grund derer sie sich einstweilen vor der Entscheidung zwischen den Rüstungsindustriellen und den Pazifisten drücken kann, hat sich zustimmend geäußert. Aber sowohl die Rechte als auch die Sozialisten verlangen gleichfalls bestimmtere Erklärungen von Herrn Stimson über die Art der Sanktionen, von denen die Rede ist. Die Rechte möchte sich natürlich gern von den Amerikanern bescheinigen lassen, daß die französischen Rüstungen berechtigt sind, ein Zugeständnis, das doppelt begehrt ist, weil Hoover die Abrüstungs- und die Schuldenfrage in fataler Weise verknüpft. Die Sozialisten dagegen, in ihrem fast blinden Vertrauen auf den Völkerbund, bemängeln, daß Stimson nicht die Völkerbundsaktion als höchste Sanktion genannt hat.

Zu der Kritik der Franzosen an Stimsons Rede nimmt nun der Londoner „Economist" (vom 13. August) mit folgenden Worten Stellung:

„Außer der Schaffung eines unwiderstehlich bewaffneten Super-Staates, zusammen mit völliger nationaler Entwaffnung — und dies ist außerhalb des Bereiches der praktischen Politik — kann es überhaupt keine hundertprozentige absolute Sicherheit gegen kriegerischen Angriff geben. Die menschliche Natur ist so beschaffen, daß jede Nation plötzlich tollwütig werden und ihren Nachbarn mit bewaffneter Macht angreifen kann. Was die Völker tun können, ist, eine solche gemeinsame Politik zu treiben, daß die Chancen für einen erfolgreichen Angriff möglichst klein und die Abschreckungsmittel gegen solchen Angriff möglichst groß gemacht werden. Die Verwirklichung dieser Forderung hängt von einem einzigen Faktor ab — der Entschlossenheit der vereinten Welt, Angriffe mit jedem nur denkbaren Mittel zu verhindern. Wenn diese Entschlossenheit vorhanden ist, so hat es wenig Bedeutung, daß die Mittel im Voraus im Einzelnen festgelegt werden. Es kann sogar ein Vorteil darin liegen, sich nicht zu fest an ein Aktionsprogramm zu binden, sondern volle Freiheit zu lassen, nach einander diplomatische Ueberredung, wirtschaftlichen Druck und als letztes Mittel bewaffnete Blockade anzuwenden, je nachdem, wie es die Lage erfordert. Wenn jedoch die Entschlossenheit, Angriffe zu verhindern oder zu unterdrücken, — selbst wenn, wie bei jeder Polizeiarbeit, vielleicht ein hoher Preis bezahlt werden muß für die schließliche Erzwingung des Friedens —, nicht vorhanden ist, dann ist kein Vertrag, möge er noch so ins Einzelne gehende Sanktionen vorsehen, das Papier wert, auf dem er geschrieben ist."

Und der „Economist" neigt zu der Ansicht, daß der letztgenannte Fall für den Kellogg-Pakt zutrifft. Alles sehr richtig! Nur verrät uns das bürgerlich-liberale Wirtschaftsblatt nichts darüber, warum jene hundertprozentige Garantie nicht im Bereiche der praktischen Politik liegt, und warum jene Entschlossenheit, Kriege zu vermeiden, bei den Herrschern der Welt nicht besteht. Erst recht erfahren wir nichts darüber, was zu tun ist, um diese Entschlossenheit zu schaffen. Und das alles mit gutem Grund. Denn die übrigen Regierungen, die den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, unterscheiden sich von der Stimsons nur wie sich ein Kanonenrohr vom anderen unterscheidet (sie stammen, wie die Kanonen, mit denen sie sich bekriegen, alle aus denselben Werkstätten). Sie wollen sich alle die Möglichkeit offen lassen, doch noch vielleicht einmal selber die Angreifer zu spielen oder wenigstens bei Seite zu stehen, wenn einer den anderen abmurkst.

Darum spielen sie mit Neutralität und Intervention wie ein Jongleur mit Bällen, von denen er keinen fallen lassen möchte und auch keinen festhalten darf.

Die Beurteilung dieses Tatbestandes unter dem Gesichtspunkt einer von Interessen nicht dirigierten Politik ist leicht: Die Schaffung von Sicherungen für die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der Konflikte zwischen den Staaten gehört zu den notwendigen Voraussetzungen jedes *wie auch immer beschaffenen Rechtsverhältnisses.* Solche Anforderungen, die also noch nichts darüber voraussetzen, *wie* die Konflikte einer Rechtsgesellschaft gelöst werden, sondern zunächst nur verlangen, daß ihre friedliche Lösbarkeit gesichert ist, nennt Nelson „formale" Anforderungen, im Gegensatz zu den „materialen", bei denen schon etwas über den Inhalt des Rechtszustandes ausgesagt wird. Die kapitalistischen Regierungen, die ohne Ausnahme gerade vermeiden wollen, daß solche „hundertprozentigen" Sicherungen geschaffen werden, wünschen nicht einmal die Herstellung eines *irgendwie gearteten* Rechtszustandes. Sie verstößen also schon gegen *die rein formalen Anforderungen an einen rechtlichen Verkehr der Völker.*

Daß diese Unterscheidung von formalen und materialen Gesichtspunkten keine bloße Spielerei ist, erhellt aus folgender Ueberlegung: Wie Nelson selber in Vorlesungen und Gesprächen immer wieder betont hat, liegt die praktische Bedeutung der Trennung jener Gesichtspunkte darin, daß man leichter erkennen kann, mit wem man sich mindestens teilweise in Uebereinstimmung befindet und mit wem das nicht der Fall ist. Ohne mich schon auf eine Diskussion darüber einzulassen, *wie* die „Sanktionen" beschaffen sein sollen, kann ich eine *Uebereinstimmung* mit denen erzielen, die wenigstens die Einrichtung von Sanktionen überhaupt anerkennen. Und mit wem ich wenigstens in dieser „formalen" Anforderung übereinstimme, mit dem kann ich *ein Stück Weges* zusammengehen, ohne daß ich mich schon mit ihm über die „Materie" zu streiten brauche. So kann schon ein Vertrauens- und Arbeitsverhältnis geschaffen werden, ehe die schwierigen Fragen über die Ausführung der Sanktionen in Angriff genommen zu werden brauchen.

Darin liegt die Begründung dafür, daß wir z. B. in der Bekämpfung der Kriegsgefahr ein Stück Weges mit den Pazifisten, Kommunisten und anderen zusammengehen können, die gegen die Willkür imperialistischer Kriege kämpfen, selbst wenn wir nicht in allem mit ihnen übereinstimmen.

Insofern bildet der Kongreß in Amsterdam all derer, die zur *Intervention* gegen die Kriegsgefahr *entschlossen* sind, den Gegenpol zu den Konferenzen kapitalistischer Regierungen, denen nach wie vor Macht vor Recht geht.

Gerhard Kumleben.

Deutsche Konsumgenossenschaften in Not.

Die Zahlungseinstellung beim Breslauer Konsumverein „Vorwärts“ und die kurz vorher erfolgte Zahlungseinstellung beim Berliner Beamten-Wirtschaftsverein (einem der Kölner Gepag angeschlossenen Konsumverein) haben die Aufmerksamkeit auf die Lage der Konsumvereine gelenkt.

Wir stellen hier zunächst auf Grund eines Berichts des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine einige Angaben über den Stand der diesem angeschlossenen Konsumvereine zusammen.

Die Zahl der Mitglieder betrug

Mitte 1931	2 930 000
Ende März 1932	2 900 000
Mitte 1932	2 780 000

Die Mitgliederzahl hält sich etwa auf den Stand von Mitte 1928.

Der Umsatz in 547 größeren Genossenschaften (mit mehr als 400 Mitgliedern) hat sich im zweiten Vierteljahr 1932 auf der Höhe des ersten Vierteljahrs gehalten. Verglichen mit den Umsätzen im ersten Halbjahr 1931 ergibt sich im ersten Halbjahr 1932 ein Rückgang um 25,6 Prozent. In der gleichen Zeit sind die Preise der wichtigsten Bedarfsgüter nach Angaben der Konsumvereine nur um 13 Prozent gesunken; wenn man das berücksichtigt, so ergibt sich ein Rückgang der Umsatzmenge um etwa 12 Prozent. Tatsächlich ist der Mengenrückgang sicherlich kleiner gewesen, weil die Käufer von teuren zu billigen Qualitäten übergegangen sind.

Gleichzeitig mit dem Rückgang der Gesamtumsätze ist naturgemäß auch der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft (GEG) und der Umsatz der Produktivbetriebe der GEG gesunken.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

		Gesamtumsatz	Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft	in Prozent des Gesamtumsatzes	Umsatz der GEG-Produktiv-Betriebe	Summe der Spareinlagen
1930	I. Vierteljahr	287,47	118,04	41	30,95	388,03
	II. „	291,11	113,42	39	31,97	400,99
	III. „	292,30	133,75	46	36,16	412,99
	IV. „	312,80	130,04	41,6	38,55	404,04
1931	I. „	256,88	104,87	40,8	32,81	409,55
	II. „	261,62	101,81	38,9	33,84	405,44
	III. „	251,62	114,11	45,35	40,51	360,08
	IV. „	252,38	107,63	42,65	38,16	317,25
1932	I. „	194,59	82,71	42,51	32,59	298,87
	II. „	194,78	82,29	42,25	32,18	276,42

Unsere Tabelle zeigt in der letzten Spalte eine starke Schrumpfung der Spareinlagen. Von Ende Juli 1931 bis Ende Juli 1932 sind die Spareinlagen um 130 Millionen Mark zurückgegangen.

Große Auszahlungen. Was weiter?

Die während eines Jahres erfolgten Auszahlungen allein betrugen 205 Millionen Mark, die Hälfte des im Laufe von 8 Jahren angesammelten Spareinlagenbestandes (einschließlich der aufgewerteten Sparguthaben in Höhe von 41 Millionen Mark).

Diese großen Auszahlungen sind eine Leistung, die sich sehen lassen kann, zumal die Staatshilfe, soweit man weiß, nur verhältnismäßig gering war. Die Preußenkasse hat seit Herbst 1931 unter Reichsbürgschaft den Konsumvereinen auf dem Wege über die GEG und die Gepag Stützungskredite gewährt, deren Summe nach einer Schätzung der „Frankfurter Zeitung“ etwa 20 Millionen Mark beträgt. Dieselbe Zeitung berichtet, Anfang August seien den Konsumvereinen auf dem gleichen Wege erneut Beträge zur Verfügung gestellt worden und es schwebe noch eine weitere Hilfsaktion, deren Gelingen von der Entscheidung des Reichskabinetts abhängt.

Zu weiteren Auszahlungen sind die Sparabteilungen der Konsumvereine aus eigenen Kräften offenbar nicht in erheblichem Umfange in der Lage, und doch verlangen viele Mitglieder unter Berufung auf ihre Rechte weitere Rückzahlungen. Ganz abgesehen von der Erschütterung des Vertrauens durch die Zahlungseinstellung bei großen Konsumvereinen in Berlin und Breslau —, je weiter die Krise sich verschärft, um so stärker werden die einzelnen Sparer Sparguthaben abheben wollen. Sie haben Spargelder zum Konsumverein ja gerade in der Erwartung gebracht, daß sie im Notfall auf sie zurückgreifen können. Diese Erwartung wird nun in vielen Fällen getäuscht.

Die Konsumvereine haben zu viel versprochen!

War es nötig, in den Sparern die Erwartung hervorzurufen, daß sie über ihre Sparguthaben nach einer gewissen Kündigungsfrist jederzeit verfügen könnten?

Wie Rittershausen in einer auch im „Funken“ (Nr. 109, vom 11. Mai) besprochenen Broschüre ausführt, grenzt zum mindesten nach den jetzigen Erfahrungen die Zusicherung jederzeitiger Rückzahlung der Guthaben an Unlauterkeit; „denn sie will einen Irrtum erregen, um Vorteil daraus zu ziehen“. Rittershausen schlägt für die Sparkassen — genau dasselbe gilt für die Sparabteilungen der Konsumvereine — die Einführung des angelsächsischen Systems vor. Danach soll die Sparkasse von vornherein ihren Kunden nur versprechen: „Auszahlung sofort, wenn Geld da ist; der Reihe nach, wenn keins da ist!“

Ueber die angelsächsischen Kassen berichtet er: „Normalerweise zahlen diese Kassen ebenso pünktlich zurück, wie normalerweise die deutschen Sparkassen es konnten. Die Halifax Building Society, die größte der Welt mit einer Milliarde Depositen (in deutschem Gelde), hat seit ihrer Gründung im Jahr 1853 noch nicht ein einziges Mal einen Sparer einen einzigen Tag auf sein Geld warten lassen, auch nicht in Krisenzeiten. ... Aber sie hat immer wieder darauf hingewiesen, daß sie die jederzeitige Rückzahlung nicht garantiert und nicht garantieren kann, und ihre Sparer wußten das. ... Jeder Kunde einer englischen oder amerikanischen Kasse weiß: eigentlich ist meine Anlage eine langfristige, aber die eingehenden Gelder dienen in erster Linie dazu, uns Deponenten (Einleger) liquide (flüssig) zu halten.“

Es ist Sache der Konsumvereine, aus den Erfahrungen, die sie und ihre Sparer nunmehr leider machen, und aus den erwähnten englischen und amerikanischen Erfahrungen die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Eine der Folgerungen sollte sein: *Nur Versprechungen abgeben, die auf alle Fälle gehalten werden können.*

Haben die Konsumvereine die Spargelder richtig angelegt?

Die zweite Frage, die sich angesichts der bedauerlichen Zahlungseinstellungen aufdrängt, ist: Wie sind die Spargelder bei den Konsumvereinen angelegt worden?

Zum Teil dienten sie als *Betriebskapital* und sind also in der Hauptsache in Warenlagern angelegt worden. Die Warenlager der Konsumvereine lassen sich — allerdings unter Nachteilen für das Warengeschäft — verhältnismäßig rasch verkleinern, sodaß auf diesem Wege flüssige Mittel zur Rückzahlung von Sparguthaben gewonnen werden können. Natürlich geht es nicht an, die Warenlager nur durch Spargelder zu finanzieren; denn bei Preisrückgängen würde der Erlös dann nicht ausreichen, um die Spargelder zurückzuzahlen. Grundsätzlich ist aber gegen die Anlage von Sparguthaben in Warenlagern nichts einzuwenden.

Anders muß die Verwendung von Spargeldern als *Anlagekapital*, also zum Erwerb von Grundstücken, zur Errichtung und zum Ausbau von Verwaltungsgebäuden, Mühlen, Bäckereien, Wurstfabriken, Seifen- und Tabakfabriken beurteilt werden. Solche Festlegung von Spargeldern ist zweifellos ein Fehler gewesen, der sich in der Krise gerächt hat. Ein Fehler aus Unkenntnis? Nein! Eine Verwaltung, in der lauter Sozialdemokraten sitzen, war zum mindesten so weit geschult, daß die Beteiligten wußten: die kapitalistische Wirtschaft wird immer wieder von Krisen erschüttert. Daß nach diesem Wissen nicht gehandelt worden ist, ist sicher weitgehend eine Frage des Charakters.

Es braucht nicht immer so kraß zu liegen, wie die jetzt in Breslau erscheinende „SAZ“ in Nr. 127, vom 20. August, über den Breslauer Konsumverein wohl aus guter Quelle berichtet: Vor dem Neubau einer Bäckerei sei mit guten Gründen darauf hingewiesen worden, „daß die alte Bäckerei vollauf genüge und noch gar nicht voll ausgenützt sei, daß ihre Leistungsfähigkeit noch um 30—35 Prozent zu steigern sei. Aus ähnlichen Gründen wurde die Verwaltung vor dem Kauf und der Einrichtung des Kaufhauses gewarnt“. Alle solche Mahnungen seien von der Verwaltung in den Wind geschlagen, ja als Nörgeleien abgetan worden. — Der zweite Aufsichtsratsvorsitzende habe einmal gesagt, daß die Verwaltung bei Durchsetzung ihrer Pläne vor der „Verkleisterung der Wahrheit“ nicht zurückgeschreckt sei. Eben dieser Aufsichtsratsvorsitzende sei als „Bauberater“ im Konsumverein der treibende Keil gewesen und habe „offensichtlich in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Geschäftsführer des schlesischen Bauhüttenverbandes ein Interesse an vielen Neubauten des ‚Vorwärts‘, da die Bauhütte diese Bauten ausführte. Das erklärt manches.“

In vielen Fällen hat sicher nicht *persönliches* Interesse der Funktionäre, sondern gerade das *sachliche* Interesse am Konsumverein, an seinem Ausbau, an seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Kleinhändlern zu jenen großen Bauten geführt, die heute wie ein Bleigewicht an den Konsumvereinen hängen.

Im Interesse der Arbeitergroschen, die in den Konsumvereinen stecken, wünschen wir natürlich, daß öffentliche Subventionen an die Konsumvereine in demselben Maße gegeben werden wie an Schwerindustrie und Großbanken. Es ist aber keineswegs sicher, daß die heutige Regierung Konsumvereine im Falle von Zahlungsschwierigkeiten ebenso freundlich behandeln wird wie jene ihr politisch näherstehenden Gruppen. Es ist im übrigen auch nicht einmal zu wünschen, daß die Folgen falscher Anlagepolitik durch Subventionen zugedeckt werden. Dadurch würde ja nur verhindert, daß aus ihnen die notwendigen Lehren gezogen werden.

Es wird notwendig sein, auf den zuständigen Generalversammlungen die vorgekommenen Fehler offen zu nennen und zu besprechen. Leider müssen infolge jener Fehler viele Arbeiter heute darauf verzichten, ihre Notgroschen in der Zeit der Not in Anspruch zu nehmen, wenn sie nicht ihren Konsumverein geradezu zum Bankerott treiben und dadurch ihre Spareinlagen gefährden wollen. Eine mißliche Lage! Um so dringender ist es Sache der Mitglieder, in den Generalversammlungen dafür zu sorgen, daß alles geschieht, um die Wiederholung der begangenen Fehler zu vermeiden.

Hellmut Rauschenplat.

Aus Papens „konstruktivem“ Programm

Im Anschluß an Papens Rede in Münster werden noch einige Einzelheiten aus dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung bekannt. Auch bei der Beurteilung dieser Einzelheiten sieht man deutlich, daß es sich um ein Programm zur Ueberwindung der Krise auf Kosten der Ausgebeuteten handelt.

Geschenke an die Unternehmer.

Bei der Zahlung fällig werdender Umsatz-, Gewerbe-, Grund- und Beförderungssteuer im Laufe des Jahres 1932 und bis 30. September 1933 werden dem Steuerzahler Steueranrechnungsscheine ausgehändigt, und zwar bei der Umsatzsteuer in der Höhe von 50 Prozent der eingezahlten Steuer, bei der Gewerbesteuer von 40 Prozent, bei der Grundsteuer von 25 Prozent und bei der Beförderungssteuer von 100 Prozent. Die Scheine werden von den Finanzämtern ausgestellt. Man würde sie treffender als „Steuerschenkungsscheine“ bezeichnen; denn — allerdings künftige — Steuerschulden werden geschenkt.

Der Schenkungssatz ist am höchsten bei der Beförderungssteuer. Die Reichsbahn bekommt also auf diesem Wege besonders viel Mittel in die Hand. Die Schwerindustrie klagte noch unmittelbar vor der Rede in Münster über zu geringe Aufträge der Reichsbahn. — Der Zusammenhang ist klar!

Die Summe der auf die eben genannte Weise auszugebenden Steueranrechnungsscheine ist auf 1,5 Milliarden Mark errechnet worden. Da für die Prämiierung der Neueinstellung von Arbeitern ein Betrag von bis zu 700 Millionen Mark in Aussicht genommen ist, muß also insgesamt mit etwa 2,2 Milliarden Mark Steueranrechnungsscheinen gerechnet werden.

Mit den Scheinen können in der Höhe von je einem Fünftel des Nennwertes in den nächsten fünf Jahren ab 1. Oktober 1934 (also nicht, wie wir zunächst aus Papens Rede entnahmen, während vier Jahren) sämtliche Reichssteuern, mit Ausnahme der Einkommens- und Körperschaftssteuer, bezahlt werden.

Die Scheine sind, wie gesagt, ein Geschenk des Reichs an die Steuerzahler. Damit sie ähnlich wie Schuldverschreibungen des Reichs gehandelt werden können, erfolgt eine Verzinsung der Scheine derart, daß ein Steuerschein über 100 Mark im Jahre 1934 mit 104 Mark, im Jahre 1935 mit 108 Mark u. s. w. von den Finanzämtern in Zahlung genommen wird. Angeblich wird die Reichsbank diese Papiere als lombardfähig bezeichnen, das heißt: sie wird sich bereit erklären, gegen ihre Verpfändung Kredite zu geben.

•

Da allgemein in der Presse die Ansicht vertreten wird: *Nur* wenn die Reichsbank erhebliche Lombardkredite auf dieser Grundlage geben würde, wären Inflationserscheinungen zu befürchten, weisen wir nochmals nachdrücklich auf unsere schon im gestrigen Leitartikel enthaltene Feststellung hin: „Soweit gehamsterte Bargeld-Bestände oder nicht ausgenutzte Bankeinlagen durch Kauf von Steueranrechnungsscheinen in Bewegung kommen, ist die Wirkung auf die Preise genau die gleiche, wie wenn die Reichsbank gegen Verpfändung jener Papiere Kredite gibt. In beiden Fällen droht eine Inflationslawine ins Rollen zu kommen.“ Es ist ja leicht zu verstehen: Noten, die *neuerdings* aus Hamsterbeständen in Umlauf kommen, haben auf den Preisstand genau dieselbe Wirkung wie Noten, die *neu* aus der Reichsdruckerei kommen; vorhandene Bankguthaben, die *neuerdings* zum Kauf irgend welcher Waren verwendet werden, haben genau dieselbe Wirkung wie *neu* entstandene Bankguthaben.

An der Berliner Börse herrschte am Montag Hausse-Stimmung. Sie wird allgemein zurückgeführt auf die „vertrauensvolle“ Beurteilung des Regierungsprogramms. Daß bankerotte Unternehmungen günstiger beurteilt wurden als vor der Papen-Rede, wundert uns nicht. Ob nicht unter den Kaufaufträgen auch solche von Personen waren, denen für den Fall einer drohenden Inflation Aktien — also Anteile an Sachwerten — sicherer schienen als Bargeld oder Bankguthaben?

Not, die verordnet werden soll.

Der Arbeiterschaft werden folgende Opfer zugemutet:

1. Betriebe, in denen mehr Arbeiter eingestellt werden — anscheinend gleichgültig, ob Arbeitszeitverkürzung stattfindet oder nicht —, dürfen die Tariflöhne, gestaffelt nach dem Prozentsatz der mehr eingestellten Arbeiter, senken. Zunächst ist bis zum 31. März nächsten Jahres folgende Regelung vorgesehen: Die Arbeiter erhalten zunächst für die ersten 30 Wochenstunden vollen Tariflohn. Entsprechend einer Mehreinstellung von Arbeitern kann der Lohn für die 30. bis 40. Stunde herabgesetzt werden. Wo die Neueinstellung 25 Prozent des Arbeiterstammes ausmacht, kann diese Lohnermäßigung für die 30. bis 40. Stunde auf 50 Prozent des Tariflohnes festgesetzt werden. Das Reichsarbeitsministerium will hierdurch einen indirekten Druck auf die Unternehmerschaft ausüben, die Arbeitszeit zu kürzen.

Was wird die Regierung gegen Schiebungen unternehmen? Wie will sie zum Beispiel vermeiden, daß ein Werk eines Konzerns seine gesamte Belegschaft entläßt und ein anderes Werk desselben Konzerns diese Arbeiter „neu einstellt“, sich dadurch pro Kopf 400 Mark Steuerscheine „verdient“ und außerdem daraufhin die Löhne seiner Belegschaft kürzt? Vorläufig sehen wir in der Konstruktion des Programms großartige Möglichkeiten für Unternehmer, im Trüben zu fischen.

2. Bei besonderer Notlage („zur Erhaltung von Produktionsstätten“) dürfen auch sonst die Tariflöhne unterschritten werden.

Wir hörten Befürchtungen, daß künftig gerade die Arbeiter solcher Unternehmungen, die viele neuen Aufträge erhalten und daher viele Neueinstellungen vornehmen können, besonders niedrig sein würden. Wir verstehen diese Befürchtung kindlicher Gemüter nicht. Der Fall liegt doch für die Unternehmer sehr einfach: Wo nicht *wegen Neueinstellungen* Lohnkürzungen vorgenommen werden, werden sie eben *„zur Erhaltung von Produktionsstätten“* vorgenommen. Vorgenommen werden sie auf alle Fälle!

3. Schließlich droht als Belastung der Arbeiterschaft eine Preiserhöhung infolge der inflatorischen Maßnahmen. Wir sehen in der Konstruktion des Programms keine Ausschaltung dieser Gefahr.

•

Die Art, wie die Arbeiterschaft von der Regierung behandelt wird, ergibt sich auch aus der einzigen Ankündigung einer Maßnahme zu Gunsten der Arbeiterschaft: Hugenbergs „Handelsdienst“ erfährt von „gut unterrichteter Seite“: „Die durch die Prämiierung der Neueinstellung von Arbeitern geschaffene Erleichterung der Lage der Reichsversicherungsanstalt soll eventuell dazu dienen, die zur Zeit außerordentlich geringen Unterstützungssätze der Arbeitslosen zu erhöhen.“

„Soll eventuell“! Solche Formulierungen wählt die Junkerregierung nicht, wenn sie den Unternehmern Geschenke macht, — nicht, wenn sie von den Arbeitern Opfer verlangt, sondern nur, wenn sie ihnen Erleichterungen in Aussicht stellt.

H. H.